

treibt. Auch ist es den Chinesen sehr wohl klar, daß die Sowjets eine Politik des "Verhandelns und Rüstens" betreiben.

Worin soll nach alledem die Qualität der neuangestrebten "Normalisierung" bestehen?

An drei Lösungsoptionen ist hier zu denken, die allerdings höchst unterschiedliche Verwirklichungschancen haben, nämlich an das Shanghai-Modell, das Jugoslawien-Modell und an eine bloß atmosphärische Verbesserung:

a) Am idealsten wäre die Lösung nach dem Shanghai-Modell. Bekanntlich begann die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen mit dem Shanghaier Kommuniqué von 1972, in dem die seither so berühmt gewordene Antihegemonieklausel enthalten ist. Beide Seiten verpflichteten sich damals, im asiatisch-pazifischen Raum weder selbst Hegemonie auszuüben noch zu dulden, daß eine dritte Macht dort Hegemonie ausübt. Antihegemoniepolitik ist seither zum Leitfadener der chinesischen Außenpolitik geworden. Die Pflicht zum Antihegemonismus ist in der Verfassung genauso verankert wie etwa im deutschen Grundgesetz die Verpflichtung zur Wiedervereinigung. Ginge es dem Wunsche Chinas nach, so endeten Normalisierungsgespräche mit der Unterzeichnung eines Antihegemonismusdokuments. Der "Hegemonismus" ist die wichtigste Eigenschaft einer "Supermacht", die sich wiederum durch zwei Merkmale konstituiert, nämlich durch objektives Machtpotential und durch das subjektive Moment der Entschlossenheit, dieses Potential konsequent zur Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten zu nutzen.

Niemand in Beijing geht davon aus, daß sich die Sowjetunion plötzlich von der ihr jahrelang unterstellten Einmischungspolitik abwenden wird und "sich in einen Buddha verwandelt". Die Sowjetunion ist nun einmal eine auf Expansion angelegte Weltmacht, die sich nicht nur an der Nordflanke Chinas, sondern auch im Westen (Afghanistan) und im Süden (Vietnam, Kambodscha, Laos) festgesetzt hat, und die vor allem damit beschäftigt ist, ihre Pazifikflotte weiter auszurüsten - mit dem Ergebnis, daß sich China seit einigen Jahren nun auch von Osten her eingekreist sieht.

Ein Ausgleich, wie er 1972 mit den USA möglich war, steht also gegenüber Moskau kaum zur Debatte. Eine wirklich echte Äquidi-

stanzpolitik ist demnach kaum zu erwarten.

b) Vielleicht aber könnte das Beziehungsgefüge, wie es sich zwischen der UdSSR und Jugoslawien nach dem Tode Stalins eingependelt hat, auch für das sino-sowjetische Verhältnis maßgebend werden. Das 1955 vereinbarte Koexistenzmodell à la Tito wies folgende Merkmale auf:

- Beendigung der gegenseitigen Propaganda;
- Abbau der Streitkräfte entlang der beiderseitigen Grenzen;
- verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit;
- verstärkter technologischer und kultureller Austausch;
- Abstimmung über gewisse Grundlinien der Außenpolitik.

Hinter dem letzten Merkmal taucht allerdings ein großes Fragezeichen auf: Wie soll es zu einer außenpolitischen "Abstimmung" kommen, wenn beide Mächte sich in Indochina, in Afghanistan und an der chinesischen Nordgrenze Gewehr bei Fuß gegenüberstehen. Diese drei Punkte wurden denn auch von chinesischer Seite als Vorbedingungen für einen Ausgleich zwischen den beiden Staaten eingebracht. Hierbei scheinen die Sowjets über die Truppen an der chinesischen Nordgrenze mit sich reden lassen zu wollen, nicht dagegen über ihr Indochina-Engagement.

- Verbliebe nach alledem nur die dritte Option, die sich auf die Formel bringen ließe: "Tito-Modell minus Abstimmung in den Grundlinien der Außenpolitik".

Ein solches Ergebnis liefe in erster Linie auf den Minimalzustand einer atmosphärischen Entspannung hinaus, der sich am Ende in der praktischen Vereinbarung niederschlagen könnte, daß in Zukunft vor allem der Austausch auf kulturellem, wissenschaftlichem und sportlichem Gebiet wieder zunehmen soll, und daß ferner vielleicht auch eine Art "roter Draht" sowie ein ständiges Gesprächsforum eingerichtet wird. Auch eine Versachlichung der Beziehungen wäre anzustreben. Hierbei müßte China allerdings stets von der Erwartung ausgehen können, daß die Sowjetunion langfristig "Entspannung" nicht nur in Worten, sondern auch in Taten übt.

Soviel steht fest: Sollten beide Seiten ein Papier unterzeichnen, in dem mehr vereinbart ist als die beiderseitigen Beziehungen derzeit hergeben, so würde eine solche Vereinbarung - um hier einen Lieblingsausdruck beider Seiten zu verwenden - sehr bald "auf

der Müllhalde der Geschichte landen".

Noch zu Beginn des Jahres 1981 war Beijing davon ausgegangen, daß Moskau in Asien ein vierfaches Ziel verfolgt, nämlich die Herstellung einer "Expansionsroute" vom Nordatlantik über Mittelmeer und Indik zum Westpazifik, ferner die Einkreisung Chinas, die Unterwerfung Japans und die Ausdehnung der Kontrolle auf die südostasiatischen Länder, wobei Vietnam als Sprungbrett und Flottenbasis gilt (Radio Beijing in SWB, 20.2.81). Sollten die Aussagen von damals ohne innere Überzeugung gemacht worden sein oder hat man sie inzwischen vergessen?

Am 19. November erklärte Premierminister Zhao Ziyang, daß die Verbesserung der sino-sowjetischen Beziehungen davon abhängen, ob die Sowjetunion die Bedrohung Chinas abbaue. China habe seine Grundposition gegen Hegemonismus und Expansionismus keineswegs aufgegeben (XNA, 19.11.82).

-we-

(2) Die Rolle der Ideologie bei den sino-sowjetischen Beziehungen

I.

Vorweg sei hier festgestellt, daß ideologische Fragen im chinesisch-sowjetischen Kontext heute keine Rolle mehr spielen. Selbst von chinesischer Seite, die den ideologischen Aspekt jahrelang hochgespielt hatte, wird heute festgestellt, daß China bei seinem Verhältnis zur Sowjetunion ausschließlich die Frage der Sicherheit, nicht jedoch die der Ideologie, im Auge habe.

II.

Ideologische Konvergenz/
Divergenz?

Obwohl die Ideologie ihre Rolle im sino-sowjetischen Verhältnis ausgespielt hat, sei hier gleichwohl die Frage aufgeworfen, inwieweit es heute zur Konvergenz gekommen ist.

a)

Streitpunkte während der "klassi-

schen" Periode der ideologischen Auseinandersetzungen

Von 1956 bis 1958 ging es um die von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag verkündeten Thesen (Vermeidbarkeit von Kriegen, Entstalinisierung, friedlicher Übergang zum Sozialismus auf "parlamentarischem" Wege) und um interne Blockbeziehungen (wieviele Wege zum Sozialismus gibt

es?). Hierbei standen insbesondere die Meinungen von Togliatti, Gomulka und Tito sowie -allgemein gesprochen - der Streit zwischen Zentralisten und Autonomisten im Mittelpunkt.

Von 1958 bis 1960 ging der Disput hauptsächlich um die "Drei-Banner-Politik" der Maoisten (Volkskommunen, Großer Sprung, Generallinie für den sozialistischen Aufbau) und um den Kurzweg zum Sozialismus.

1960 bis 1964 wurden dann die großen ideologischen Schlachten geschlagen, die in den sogenannten "Neun Kommentaren zum Offenen Brief des ZK der KPdSU" (verfaßt zwischen September 1963 und Juli 1964) ihren dogmatischen Niederschlag fanden. Im ersten Kommentar werden der Ursprung und die Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und der KPCh dargestellt; im zweiten geht es um die Stalinfrage; im dritten setzen sich die Chinesen mit der Frage auseinander, ob Jugoslawien ein sozialistischer Staat sei; im vierten Kommentar geht es um die ideologische Einstellung gegenüber den Befreiungskämpfen der Dritten Welt; der fünfte erörtert die Probleme von Krieg und Frieden; der sechste greift die "Politik der friedlichen Koexistenz" auf; der siebte befaßt sich mit der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung; der achte behandelt die proletarische Revolution und der neunte betrifft die Frage des Klassenkampfes in der sozialistischen Gesellschaft.

Wie schon diese Themenangaben zeigen, hat sich ein Teil der damals so heiß umstrittenen Fragen (z.B. zum Titoismus) inzwischen in Luft aufgelöst.

Im übrigen gab es bedeutsame Differenzen vor allem in drei Bereichen:

- Zum Thema des "sozialistischen Aufbaus": hier ging es in erster Linie um Fragen des Staates und der Gesellschaft im Entwicklungsstadium des Sozialismus. Gibt es noch verschiedene "antagonistische" Klassen oder nur noch ein in seinen Beziehungen zu den Produktivkräften/Produktionsverhältnissen einiges Volk? Sind Staat und Gesellschaft also Institutionen der Klassenvertretung oder gibt es einen "Staat des ganzen Volkes" und eine kommunistische Partei als "Partei des ganzen Volkes"? Geht der Klassenkampf in der Form einer "Diktatur des Proletariats" weiter oder "stirbt der Klassenkampf ab"? Sind "materielle Anreize" bei der

Produktion als "ökonomistisch" abzulehnen oder sind sie erlaubt?

Die Chinesen vertraten damals bei diesen Alternativen jeweils die erste, und damit die schärfere Lösung. Inzwischen nehmen sie, wie damals schon die Sowjets, die letztere Position ein.

- Beim Parteaufbau rückten die Sowjets Rationalität, Funktionsfähigkeit des Apparates und Elitedenken - und damit implizit auch die "Revolution von oben" - in den Mittelpunkt, während die Chinesen (sie befanden sich damals bereits am Vorabend der Kulturrevolution!) spontane Massenaktionen über perfekte Organisation, moralische und "politische" Faktoren über technische und technokratische Fähigkeiten sowie "Massenlinie" über das Elitedenken stellten. Zumindest in ihren ideologischen Äußerungen (gegen Bürokratie, gegen Privilegien und gegen elitäres Denken) bekämpften sie also m.a.W. die Anfänge einer "Neuen Klasse", die sich in der Praxis freilich, wie vor allem aus der Retrospektive deutlich wird, auch in der chinesischen Praxis längst herausgebildet hatte.

- Im Bereich der Außenpolitik ging die chinesische Führung lange Zeit davon aus, daß Beijing das neue Zentrum des Weltkommunismus und Mao "der Lenin unserer Zeit" sei. Der Breschnew-Doktrin, die den Interventionismus in einer neostalinistischen Art und Weise wiederauferweckt hatte, hielten die Chinesen entgegen, daß der "proletarische Internationalismus", auf den sich die Sowjets ja berufen, ganz selbstverständlich auch die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (und damit Souveränität und Integrität jedes einzelnen sozialistischen Staates) mitumfasse. Genau besehen sei die sowjetische Haltung nicht vom Gedanken der "brüderlichen Hilfe" bestimmt, sondern von "neokolonialistischen und sozialimperialistischen Erwägungen der Renegatenclique" in Moskau.

Bei den Streitfragen um das Verhältnis zu den kapitalistischen Ländern standen zwei Fragen im Vordergrund, nämlich ob der Krieg vermeidbar und ob es fernere einen "friedlichen Übergang" vom Kapitalismus zum Sozialismus gebe. Während die KPdSU seit ihrem XX. Parteitag beide Fragen bejaht hatte, gingen die Chinesen (angesichts der "immanenten Aggressivität des Imperialismus") von der Unvermeidbarkeit des Krieges aus und betrachteten die

friedliche Koexistenz ebenso wie den "parlamentarischen Weg" als höchstens sekundäre Taktiken.

Im Hinblick auf die Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika ging es um die Frage, ob der Kolonialismus von selbst verschwindet und daher bewaffnete Geburtshilfe für die Völker der Dritten Welt vermieden werden kann oder aber ob der Neokolonialismus so drückend ist, daß nur "echte Volkskriege" eine Lösung schaffen können.

Wie die inzwischen so graduistisch gewordenen Abrüstungsvorschläge der Chinesen zeigen, geht China heute nicht mehr von der Unvermeidbarkeit des Krieges aus; auch der "parlamentarische Weg" scheint heute unter den chinesischen Ideologen nicht mehr indiskutabel. Schließlich ist auch die Linke Strategie (der Unterstützung von Volkskriegsbewegungen) zugunsten einer generellen Rechten Strategie (d.h. der Zusammenarbeit mit den etablierten Regierungen) verdrängt worden.

Erwähnen sollte man im folgenden Zusammenhang, daß sich China (zumindest expressis verbis) auch nicht mehr für den ideologischen Mittelpunkt der Welt hält, gleichzeitig eine solche Stellung aber auch den Sowjets streitig macht.

Betrachtet man zusammenfassend alle hier aufgeführten Streitpunkte, die beiden Parteien noch zu Beginn der 60er Jahre so sehr auf den Nägeln brannten, so ist davon in der Praxis eigentlich nur noch eine einzige Differenz übriggeblieben, nämlich die Auseinandersetzung um die (übrigens auch von den Sowjets als solche geleugnete) Breschnew-Doktrin: Die Chinesen beharren auch nach ihren 1982 gerade wieder erneuerten "Vier Prinzipien" für das Verhältnis der kommunistischen Parteien untereinander auf der Selbständigkeit jeder Staatsführung. (Die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gelten auch zwischen sozialistischen Staaten.) Der hier postulierte Grundsatz der Nichteinmischung hängt mit dem "subkolonialen" Trauma Chinas während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zusammen.

b)

Konvergenz der Ideologie
Wie oben bereits beschrieben, sind die Divergenzen im wesentlichen verschwunden. China befindet sich ideologisch heute ungefähr dort, wo die Sowjetunion nach dem Tode Stalins und bei Machtantritt Chruschtschows gestanden hatte. Dies zeigen zahlreiche Parallelen:

Nicht mehr die Gleichmacherei der Stalin/Mao-Zeit ist gefragt, sondern die Leistung. Materielle Anreize stehen hoch im Kurs; die Technologie des Auslandes fließt im breiten Strom ins Land. Staatsbetriebe und Kollektive sollen nicht mehr ausschließlich von oben her in ihre Produktionsaufgaben eingewiesen werden, sondern sie sollen - innerhalb weitmaschig ausgesteckter Planrahmen - sowohl bei der Materialien- und der Maschinenbeschaffung als auch beim Absatz und in der Personalpolitik so weit wie möglich auf eigenen Beinen stehen und Eigeninitiative entfalten. Lieblingskind Deng Xiaopings ist - ebenso wie seinerzeit Chruschtschows - die Landwirtschaft. Die Schwerindustrie hat einen Schritt zurückzutreten und den Bauern Platz zu machen. Die Kollektive sollen nicht mehr Ausbeutungsobjekte sein, sondern höhere Verkaufserlöse für ihre Produktion, bessere Landwirtschaftsmaschinen und höhere Investitionszuwendungen erhalten.

Dem Konsum soll mehr Raum gegeben werden. Daher die Förderung der Leichtindustrie, aber auch des Wohnungsbaus. Ein bescheidener "Gulaschkommunismus" soll sich den Weg bahnen können. Der einzelne zählt wieder etwas, wengleich oppositionelle "Auswüchse" nach dem Schnittmuster des "Beijinger Frühlings" von 1979 nach wie vor unterbunden werden.

Nachdem durch das in seiner Bedeutung historisch zu nennende 3. Plenum des XI. ZK im Dezember 1978 die "Klassenkämpfe großen Stils" zugunsten der Modernisierungspolitik für beendet erklärt worden sind, hat China de facto jene Chruschtschow-Theorien von der "Partei des ganzen Volkes" und dem "Staat des ganzen Volkes" akzeptiert, die es noch während der Kulturrevolution als Auswüchse des schlimmsten "Revisionsmus" kritisiert hatte. Staat und KP sollen hier wie dort nicht so sehr als Werkzeuge der Diktatur des Proletariats über die verbliebenen Klassenfeinde sondern vielmehr als Instrumente der Zusammenführung des ganzen Volkes zum Zwecke der Modernisierung und des Aufbaus eines starken Landes dienen.

Kein Wunder, daß Liu Shaoqi, während der Kulturrevolution als "chinesischer Chruschtschow" verfemt, heute wieder rehabilitiert worden ist.

Die Sowjetunion des Jahres 1982 ist zwar nicht mehr identisch mit der UdSSR Chruschtschows.

Gleichwohl muß den Führern im Kreml das China Deng Xiaopings in vielen Punkten weit vertrauter vorkommen als das China Maos.

Gäbe es nicht die außenpolitischen Gegensätze zwischen China und der UdSSR, so wären die Grundlagen für eine umfassende Wiederannäherung nach alledem durchaus gegeben.

-we-

LATEINAMERIKA

(3)

Karibik und Zentralamerika

Die karibisch-zentralamerikanische Region bleibt aus chinesischer Sicht weiterhin ein Explosionsherd, in dem sich Ost-West-, Nord-Süd- und Süd-Süd-Konflikte ineinander vermischen. Einzelne Staaten stehen einander Gewehr bei Fuß gegenüber (Süd-Süd-Konflikte); die Region insgesamt leidet unter wirtschaftlichen und sozialen Problemen und ist ungünstigen Handelsbedingungen gegenüber den nördlichen Nachbarn ausgesetzt (Nord-Süd-Konflikt); außerdem suchen die Sowjetunion und Kuba verstärkten Einfluß zu erlangen (Ost-West-Konflikt).

Die USA betrachten die Entwicklung dort mit Sorgen, da fast zwei Drittel des Öls und über die Hälfte der amerikanischen strategischen Mineralien aus der karibischen Region importiert werden.

Auf der Nassauer Konferenz im Juli 1981 hatten die vier Staaten USA, Kanada, Mexiko und Venezuela Vorstellungen zu einer systematischen Wirtschaftshilfe für Mittelamerika und die karibischen Länder entwickelt. Bei seiner Rundreise durch mehrere karibische Länder im April 1982 kündigte Präsident Reagan an, daß in den nächsten zwölf Jahren Produkte aus den mittelamerikanischen und karibischen Ländern zollfrei in die USA exportiert werden dürften; umgekehrt würden amerikanische Geschäftsleute ermutigt, in der Region verstärkt zu investieren; zusätzlich sollten die Länder der Region im Fiskaljahr 1982 eine Entwicklungshilfe von 820 Mio. US\$ erhalten.

Kuba, Nicaragua und Grenada sperren sich gegen diesen Plan, andere Länder äußerten sich zustimmend bis zurückhaltend.

Die Chinesen halten die amerikanischen Pläne für unzureichend. Die Wirtschaftshilfe sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein; außerdem werde den US-Monopolen

freie Bahn zur Ausbeutung der Länder gegeben; als Folge dieser Entwicklung verschärfen sich die sozialen Widersprüche, die wiederum langfristig von der Sowjetunion und Kuba ausgeschaltet werden können (BRu 1982, Nr. 20, S. 12). Etwas mehr Gefallen findet die Verstärkung der amerikanischen Seestreitkräfte im karibischen Raum (XNA, 1.3.82). Die Amerikaner hätten sich besonnen und im Herbst 1981 ein neues Militärkommando für den karibischen Raum in Key West/Florida (ungefähr 144 km von Kuba entfernt) zu errichten. Am liebsten sähen es die Chinesen, die in diesem so fernen Raum so gar keine Einflußmöglichkeiten haben, wenn die karibischen Staaten sich selbst helfen würden. Kein Wunder, daß der Karibische Gemeinsame Markt (CARICOM) in Beijing viel Beifall erhält (XNA, 14.7.82). Freilich glauben selbst die Chinesen nicht, daß eine solche Selbsthilfe von durchschlagender Wirkung sein könnte.

Politiker aus dem karibischen Raum sind häufig Gäste in der VR China, so z.B. der Premierminister von Trinidad und Tobago, Williams, im März 1981 (XNA, 31.3.81) oder der Außenminister von Barbados, Tull, im August 1982 (XNA, 31.8.82).

Nicht immer werden die Chinesen im Gegenzug schonend behandelt. Mit Argwohn verfolgen einige Staaten, u.a. Costa Rica, die Berichterstattung der Xinhua-Korrespondenten über Militärregimes, "angebliche Demokratisierung", über "Caudillos" und "Guerillas". Am 8. Oktober 1982 forderte das Außenministerium von Costa Rica vier Xinhua-Korrespondenten zum Verlassen des Landes auf. Die Korrespondenten hätten zwei Jahre lang gegen das "Gesetz über den Journalismus" verstoßen (Radio Reloj (San José) in SWB, 11.10.82).

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(4)

Beijings Vorstellungen zu den Friedensverhandlungen im Nahen Osten

Drei Schritte schlägt Beijing - in Übereinstimmung mit PLO- und saudi-arabischen Ideen - vor, nämlich

- Erstens Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Territorien.
- Zweitens Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten und gleichzeitig Anerkennung der PLO durch Israel.

- Drittens die PLO und Jordanien verhandeln über die Bildung einer Föderativen Union zwischen dem Königreich Jordanien und dem neu zu errichtenden Palästinenserstaat, der im Bereich des "Jordan-Westufers" entstehen soll.

Wenn Verhandlungen in dieser Richtung bisher keinen Fortschritt machen, so liege dies einzig und allein daran, daß Israel nicht bereit sei, die ersten zwei Bedingungen zu erfüllen. Statt seine Truppen zurückzuziehen, errichte es im Gegenteil am Jordan-Westufer immer neue Siedlungen. In den nächsten fünf Jahren sollen dort die bisher vorhandenen 103 Ansiedlungen auf insgesamt 160 erweitert und die Bevölkerung auf rund 100.000 jüdische Immigranten aufgestockt werden. Ferner widersetze sich Israel prinzipiell jeder Anerkennung der PLO. Leider folge die amerikanische Reagan-Administration dieser Nichtanerkennungspolitik (BRu 1982, Nr.45, S.10 f., Nr.47, S.11 f. und XNA, 17.11.82).

-we-

(5) Kuwaitische Kredite an China und chinesische Kreditannahmepolitik

China und Kuwait schlossen am 8. November 1982 ein Abkommen, wonach China einen Kredit von 35 Mio. \$, rückzahlbar in zwanzig Jahren zu einem Jahreszins von 2%, erhält, und zwar für den Aufbau einer Holzverarbeitungsfabrik. Die Fabrik soll in der zentralchinesischen Provinz Hunan entstehen und es jährlich auf den Ausstoß von 50.000 cbm Sperrholz und eine ebenso große Menge Sägespan-Bretter bringen. Die Fabrik wird i.J. 1985 den Betrieb aufnehmen (XNA, 9.11.82).

Damit ist ein weiterer Schritt in der Kreditaufnahme getan, der Chinas zunehmende Flexibilität, aber auch seine ständige Suche nach neuen billigeren Kreditmöglichkeiten manifestiert.

Zwischen Dezember 1978 und Spätsommer 1979 hatte die Bank of China mit ausländischen Geschäftsbanken und Regierungsinstituten mittel- bis langfristige Kreditlinien in einer Größenordnung von insgesamt 27 Mrd. US\$ ausgehandelt und Konditionen bis zu 0,5% über der London Interbank Offered Rate (LIBOR) akzeptiert. Davon wurden aber nur etwa 2,5 Mrd. US\$ abgerufen; denn inzwischen hatten die Chinesen bemerkt, daß Kredite auch billiger zu haben sind. Die Volks-

republik trat i.J. 1980 dem Internationalen Währungsfonds und 1981 der Weltbank bei und erhielt dort insgesamt 368 Mio. Sonderziehungsrechte (SZR) (447 Mio. US\$), sowie Kredite durch Ziehung auf die Reservertranche 450 Mio. SRZ (=545 Mio. US\$) und schließlich Stand-by-Kredite in Höhe von rund 390 Mio. SZR (=375 Mio. US\$) aus dem Trustfund; außerdem erhielt sie 200 Mio. US\$ von der Weltbank, 63 Mio. US\$ von der belgischen Regierung, 6,8 Mio. US\$ von der Bundesrepublik Deutschland, 28,7 Mio. US\$ von der US Exim Bank und in bisher drei Tranchen Yen-Kredite von der japanischen Exim Bank in einer Gesamthöhe von 1,55 Mrd. US\$. Diese Finanzhilfe wurde von China für Projektstudien und verschiedene Investitionsobjekte, ferner zur Modernisierung des Erziehungswesens sowie zum Ausgleich des Staatshaushalts bzw. der Zahlungsbilanz verwendet.

1982 wird die Volksrepublik China erstmalig auch in Japan und in Hongkong Anleihen auflegen (dazu DIW-Bericht Nr.7/82 vom 18.2.82, S.113).

China kommt in den Genuß "weicher Kredite" des IMF und der Weltbank, seit es im Dezember 1979 vom Entwicklungshilfesausschuß der OECD-Länder als Entwicklungsland eingestuft worden ist.

Die Volksrepublik nimmt auch im Inland Kredite auf. 1982 wurden Obligationen in Höhe von 4 Mrd. Yuan verkauft, nachdem bereits 1981 von den lokalen Regierungen, von staatseigenen und kollektiven Einheiten Obligationen im Wert von 5 Mrd. Yuan gekauft worden waren. 1982 konnten erstmals auch Einzelpersonen solche Obligationen erwerben.

Die Rückzahlung der Obligationen beginnt im 6. Jahr und erstreckt sich auf über 5 Jahre. Für Kollektive beträgt der Jahreszinssatz 4%, für Individuen 8%. Die Emission an Individuen erfolgte erst, nachdem Geldknappheit zu einem ernststen Problem geworden war.

Offiziell heißt es, daß China zwar auch ausländisches Kapital in Anspruch nehmen wolle, daß aber in erster Linie die einheimischen Reserven zu erschließen seien. Schon in den fünfziger Jahren habe man mit Erfolg Obligationen ausgegeben und dabei positive Ergebnisse erzielt (BRu 1982, Nr.7, S.6).

Für Ende 1982 wird die Nettoverschuldung Chinas mit nur etwa

3,1 Mrd. US\$ angegeben; die Schuldendienstquote läßt sich für das laufende Jahr mit höchstens 9% errechnen - eine Relation, die im internationalen Vergleich als ungewöhnlich niedrig anzusehen ist.

Mit dem Kredit aus Kuwait ist China ebenfalls zu ungewöhnlich günstigen Geldern gekommen.

-we-

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE DER AUSSENPOLITIK

(6)

Zwei neue Klarstellungen: Was ist eine "Supermacht"? Ein neuer Weltkrieg ist vermeidbar

In einem Artikel der Volkszeitung (RMRB, 31.10.82) über die Erfordernisse einer unabhängigen Außenpolitik wird u.a. auch die Supermachtsfrage angeschnitten.

Eine "Supermacht" sei durch zwei Merkmale gekennzeichnet: Da ist einmal das objektive Kriterium eines riesigen Wirtschafts- und Militärpotentials, das aber zweitens noch durch eine subjektive Komponente ergänzt sein müsse, nämlich den Willen, dieses Potential so einzusetzen, daß anderen Ländern der eigene Wille aufgezwungen werde. In diesem letzteren Sinne sei die Politik der Supermächte identisch mit "Hegemoniepolitik".

Solange also ein Staat, mag er so stark sein wie auch immer, keine Aggression gegen andere Länder verübt und keine Hegemoniepolitik verfolgt, darf er nicht als "Supermacht" angesprochen werden. In diesem Sinne wolle China auch nie eine Supermacht werden.

Jede "Supermacht" weise eine Doppelnatur auf: Einerseits sei sie zwar stark und mächtig, doch andererseits entwickle sie aus ihrer eigenen Stärke heraus immer mehr Momente der Schwäche. Je mehr Eigensucht sie nämlich entfalte, umso heftiger wachse der Widerstand der bedrohten Länder. Die Kräfte der Supermächte werden im Zaum gehalten und erschöpfen sich angesichts ihrer ständigen Konfrontation und Rivalität an zwei Fronten, indem sie sich einerseits an den Konflikten im eigenen Block wundreiben und andererseits bei den lokalen Kriegen außerhalb des eigenen Blocks wirtschaftlich sowie in ihrem politischen Ansehen geschwächt werden.

Die Militärkräfte der Supermächte seien zu einem nie dagewesenen Grad entwickelt worden, während

gleichzeitig ihre Freiheit, diese Kapazitäten zur Manipulation internationaler Angelegenheiten und zur Kontrolle ihrer eigenen Einflußsphären nutzen, ständig eingeschränkt würden. Diese gegenläufige Entwicklung bestätigt das alte Wort Maos, daß Imperialisten taktisch zwar Tiger, strategisch aber Papiertiger seien.

Angesichts dieses Doppelcharakters der Supermächte gebe es zwei Möglichkeiten hinsichtlich der Frage, ob ein neuer Weltkrieg verhindert werden kann oder nicht. Wenn die Völker der Welt ihre Wachsamkeit erhöhen, ihre Einheit stärken und einen entschlossenen Kampf gegen Hegemonismus und Expansionismus führen, so könne ein neuer Weltkrieg am Ende verhindert werden. Wenn dieser Einigungseffekt ausbleibe, der Gegner also nicht genügend geschwächt werde, so sei der Weltkrieg wahrscheinlich.

In dieser vorsichtigen Sowohl-als-auch-Fassung wird deutlich, daß China von seiner alten These der "Unvermeidbarkeit eines neuen Weltkriegs" inzwischen vorsichtig abzurücken beginnt.

-we-

INNENPOLITIK

(7)

25. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses: Neuer Außen- und neuer Verteidigungsminister

Die 25. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses fand vom 12. bis 19. November in Beijing statt. Obwohl im Mittelpunkt der Sitzung die Vorbereitung der 5. Tagung des V. NVK stand, erregten zwei personelle Entscheidungen die Aufmerksamkeit ausländischer Beobachter: Die Ablösung von Außenminister Huang Hua durch Wu Xueqian und die Ernennung von Zhang Aiping zum neuen Verteidigungsminister anstelle von Geng Biao. Während die Gründe für den Wechsel im Amt des Außenministers im schlechten Gesundheitszustand von Huang Hua zu suchen sind (Huang Hua mußte sich in den letzten beiden Jahren mehrfach einer stationären Behandlung im Krankenhaus unterziehen), liegen der Ablösung von Geng Biao politische Ursachen zugrunde. Als Aufsteiger der Kulturrevolution (Geng Biao wurde auf dem IX. Parteitag im April 1969 zum ersten Mal ins ZK gewählt!) galt Geng Biao seit längerem als Gegner des politischen

Kurses der Deng-Fraktion. Geng hatte bereits im Juni 1981 das wichtige Amt des Generalsekretärs der ZK-Militärkommission verloren. Auf dem XII. Parteitag der KPCh verlor er nicht nur seinen bisherigen Politbüro-Posten, sondern auch seinen Sitz im Zentralkomitee (und wahrscheinlich auch im Ständigen Ausschuß der ZK-Militärkommission). Nachdem er nun auch noch die Ämter des Verteidigungsministers und eines Staatsratskommissars an Zhang Aiping verlor, bleibt Geng Biao nur noch die Position eines Mitglieds der Zentralen Beraterkommission auf dem politischen Abstellgleis. Der neue Verteidigungsminister Zhang Aiping gilt als ein Vertrauter Deng Xiaopings und als entschiedener Verfechter einer Modernisierung des Militärs. So war Zhang Aiping von Dezember 1975 bis August 1982 Vorsitzender der Kommission für Rüstungsforschung und -technik. Chinas neuer Außenminister, der erst sechzigjährige Wu Xueqian, gilt als Vertrauter Hu Yaobangs. Wie Hu Yaobang war auch Wu Xueqian lange Zeit in der Führung des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV) tätig. Als Mitglied des Ständigen Ausschusses des KJV von 1957 bis 1964 muß Wu ein enger Mitarbeiter des heutigen Parteichefs gewesen sein, der damals die Position des 1. KJV-Sekretärs innehatte. Außenpolitische Erfahrungen sammelte Wu Xueqian bereits seit Beginn der fünfziger Jahre als Direktor der Abteilung für Internationale Beziehungen des KJV-Zentralkomitees. Wie der neue Verteidigungsminister Zhang Aiping zählt auch Wu Xueqian zu den Opfern der Kulturrevolution. Erst im Februar 1978 wurde Wu rehabilitiert. Im Mai desselben Jahres konnte er bereits als stellvertretender Direktor der ZK-Abteilung für Internationale Beziehungen identifiziert werden. Anlässlich der Strukturreform des Staatsrates im Frühjahr 1982 wurde Wu Xueqian zum 1. stellvertretenden Außenminister ernannt.

Das ständige Parlamentsorgan der VRCh faßte auf seiner 25. Sitzung insgesamt folgende Beschlüsse:

1. Einberufung der 5. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses am 26. November 1982.

2. Verabschiedung der Tagesordnung der 5. NVK-Tagung:

- Beratung des Abänderungsentwurfes der Verfassung und Verabschiedung der neuen Verfassung der Volksrepublik China (siehe auch C.a., Mai 1982, S. 271-273).

- Beratung und Verabschiedung des 6. Fünfjahrplans.
- Beratung und Verabschiedung der Berichte über die Staatseinnahmen und -ausgaben im Jahre 1982 und über den Staatshaushalt für 1983.

3. Verabschiedung des Berichts des Ständigen Ausschusses für die 5. NVK-Tagung.

4. Verabschiedung des Entwurfs über Abänderung von folgenden vier Gesetzen anhand der betreffenden Bestimmungen der neuen Verfassung:

- Organisationsgesetz des Nationalen Volkskongresses,
- Organisationsgesetz des Staatsrates,
- Organisationsgesetz der lokalen Volkskongresse und Regierungen,
- Wahlgesetz des Nationalen Volkskongresses und der lokalen Volkskongresse.
(Überweisung an die 5. NVK-Tagung zur Beratung)

5. Verabschiedung eines Beschlusses über den Wahlmodus und die Gesamtzahl der Abgeordneten des VI. NVK.
(Überweisung an die 5. NVK-Tagung zur Beratung)

6. Verabschiedung des "Gesetzes über den Schutz von Kulturstätten und kulturhistorischen Gegenständen" (Text in: RMRB, 20.11.82).

7. Verabschiedung des "Gesetzes über Lebensmittelhygiene" zur versuchsweisen Anwendung (Text in: RMRB, 21.11.82).

8. Beschluß über die Öffnung der Häfen von Nantong und Zhangjia am Yangzi für ausländische Schiffe.

Der Hafen von Nantong liegt 51 Seemeilen von der Mündung des Yangzi entfernt und hat eine Jahresumschlagkapazität von 1,1 Mio.t. Der Hafen von Zhangjia ist 78 Seemeilen von der Yangzi-Mündung entfernt und hat eine Jahresumschlagkapazität von 1,5 Mio.t. Die Öffnung der beiden Häfen dürfte vor allem der Entlastung des Shanghaier Hafens dienen.

9. Beschluß über die Verlängerung der Amtszeit der gegenwärtig amtierenden Volkskongresse auf Volkskommunenebene bis Ende 1983.

10. Personelle Entscheidungen (u.a.)

10.1. Ernennung von Wu Xueqian zum Außenminister und Ablösung von Huang Hua von diesem Posten.